

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

INSTITUT FÜR BIBLIOTHEKS- UND INFORMATIONSWISSENSCHAFT



BERLINER HANDREICHUNGEN ZUR BIBLIOTHEKS- UND INFORMATIONSWISSENSCHAFT

HEFT 37

FESTREDE ZUM FÜNFUNDSIEBZIGJÄHRIGEN JUBILÄUM DES
BEREICHS LANDESBIBLIOTHEK DER STADT- UND
LANDESBIBLIOTHEK POTSDAM GEHALTEN AM 12.
DEZEMBER 1997

VON
KONRAD UMLAUF

FESTREDE ZUM FÜNFUNDSIEBZIGJÄHRIGEN JUBILÄUM DES
BEREICHS LANDESBIBLIOTHEK DER STADT- UND
LANDESBIBLIOTHEK POTSDAM GEHALTEN AM 12.
DEZEMBER 1997

VON
KONRAD UMLAUF

Berliner Handreichungen zur
Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Begründet von Peter Zahn
Herausgegeben von
Konrad Umlauf
Humboldt-Universität zu Berlin

Heft 37

Umlauf, Konrad

Festrede zum fünfundsiebzigjährigen Jubiläum des Bereichs
Landesbibliothek der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam gehalten am 12.
Dezember 1997 / von Konrad Umlauf. – Berlin, 1997: Institut für
Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu
Berlin. – 18 S. : - (Berliner Handreichungen zur Bibliotheks- und
Informationswissenschaft ; 37)

ISSN 14 38-76 62

Eine Online-Version ist auf dem edoc Publikationsserver der Humboldt-Universität zu Berlin verfügbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz.

Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft und Bibliothekarausbildung

Begründet von Peter Zahn

Herausgegeben von Konrad Umlauf

Heft 37



Das Modell der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam

von Konrad Umlauf

Auszüge:

„Für mich ist die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam das bemerkenswerteste Bibliotheksmodell in Deutschland seit der Wende.

Ich möchte dieses Potsdamer Modell unter vier Gesichtspunkten würdigen:

- unter dem Gesichtspunkt der Betriebsorganisation...,
- dann unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe,
- drittens unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenabgrenzung und der abgestimmten und gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung auf der kommunalen und auf der Landesebene
- und viertens möchte ich das Potsdamer Modell unter dem Gesichtspunkt des Erbes aus DDR-Zeiten beleuchten.

...

Beim Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechnik müssen an die Stelle eindeutiger Funktionsabgrenzung zwischen diesen beiden Ebenen Formen der abgestimmten und gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung treten.

...

Aufgrund der Bibliotheksverordnung war also 1969 aus der Landes- und Hochschulbibliothek und der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek des Bezirks Potsdam entstanden. Nachdem dreißig Jahre später die Euphorie über den Fall der Mauer einem ernüchternden Blick auf die Tatsachen gewichen war, stellte sich die Frage, wie diese Bibliothek in die Strukturen der Bundesrepublik paßt. Eine phantasielose Antwort, wie sie andernorts in vielen Zusammenhängen gegeben worden ist, wäre auch hier in Potsdam gewesen: Sie paßt gar nicht.... Das Land Brandenburg und seine Landeshauptstadt Potsdam gaben eine phantasievolle Antwort. Sie schlossen eine Vereinbarung über den gemeinsamen Betrieb einer Stadt- und Landesbibliothek und begaben sich damit auf bundesdeutsches Neuland.

....

Das public-library-Modell aus DDR-Zeiten mit all seinen Vorteilen, ..., blieb erhalten, und zwar in Trägerschaft der Stadt mit finanzieller Beteiligung des Landes. Die Zusammenfassung der Funktionen einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek - typischerweise in kommunaler Trägerschaft - mit den Funktionen einer Landesbibliothek und wissenschaftlichen Regionalbibliothek - typischerweise in staatlicher Trägerschaft - erweist sich als bürgernah, wirtschaftlich synergetisch, dem Bedarf entsprechend und organisatorisch handhabbar."

Festrede

zum fünfundsiebzighjährigen Jubiläum

des Bereichs Landesbibliothek

der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
verehrte Frau Bibliotheksdirektorin,
Herr Minister,
Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Heute feiern wir das fünfundsiebzigjährige Jubiläum des Bereiches Landesbibliothek der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam und fünf Jahre Stadt- und Landesbibliothek. Das sind also offenbar komplizierte Jubiläumsverhältnisse. Als Wissenschaftler bin ich diesen Dingen auf den Grund gegangen und kann feststellen: Wir könnten in diesem Jahr fast ebensogut einen achtundzwanzigsten Geburtstag feiern: Das, was die Stadt- und Landesbibliothek heute ist, entstand vor achtundzwanzig Jahren, als zwei bis dahin unabhängig voneinander gegründete und entwickelte Bibliotheken zur Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirks Potsdam, der heutigen Stadt- und Landesbibliothek organisatorisch zusammengefaßt wurden.

Oder wir könnten in diesem Jahr den hundertdreißigsten Geburtstag feiern: 1874 gründete die *Gesellschaft für die Verbreitung von Volksbildung*, einer der damals in Deutschland zahlreichen bürgerlichen Bildungsvereine, eine Volksbücherei. Auch sie ging später in die heutige zentrale Bibliothek in Potsdam ein. Die Gründung einer Bibliothek durch eine private Initiative war im deutschen Kaiserreich ein gar nicht so seltener Vorgang. Halten wir uns die Lage der Volksbildung jener Epoche vor Augen: Die wirtschaftlich-technische Entwicklung erforderte ein rapide steigendes Bildungsniveau der Bevölkerung. Die Entwicklung des staatlichen Bildungswesens kam diesem Erfordernis nur sehr zögerlich nach - eine Situation, die uns heute bestens vertraut ist - und das nicht erst, seitdem einige Hunderttausend Studenten ihren berechtigten Forderungen nach besseren Studienbedingungen durch Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit Nachdruck verleihen. Die desolate Lage des staatlichen Bildungswesens war der Hintergrund für zahllose Bürgerinitiativen in allen Teilen Deutschlands zur Gründung von privaten Volksbüchereien. Ihre Wirksamkeit war freilich meistens begrenzt infolge fehlender Mittel. Maßgeblich beteiligt an dieser Tradition waren ja auch die Arbeiterbildungsvereine und die Gewerkschaften, wenn auch nicht in der damaligen Beamten- und Soldatenstadt Potsdam.

Wenn wir heute mit Fug und Recht das fünfundsiebzigjährige Jubiläum begehen, so beziehen wir uns dabei auf die Gründung der Brandenburgischen Landesbücherei. Sie wurde 1922 als Zentralbücherei der Provinzialverwaltung Brandenburg eröffnet und richtete sich zunächst vor allem an Verwaltungsbeamte, Lehrer, Ärzte und Geistliche.

Die Liste der möglichen Jubiläumsdaten ließe sich noch beträchtlich verlängern. Beispielsweise könnten wir das

Jahr 1954 anführen. Damals wurde aus der Städtischen Bücherei die Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam gebildet. Bei aller Fülle von Jubiläumsdaten müssen wir indessen festhalten, daß ein **Jubiläum** immer nur ein **Anlaß** ist, ein Anlaß, uns der Tradition, in der wir stehen, zu vergewissern und den Blick in die Zukunft zu richten.

Vor allem können wir der gereiften Dame, die nun zugleich im Vorschul- wie im Greisenalter ist, jugendliche Vitalität nicht absprechen, und wir können eigentlich nur voller Bewunderung den Elan, die Zielstrebigkeit und die Zähigkeit beobachten, die wir hier in Potsdam finden. Dieses hochkomplexe Alter ist auch insofern sehr passend, als sich diese Bibliothek mit ihren vielfältigen Beständen eben sowohl an Vorschüler, ja an Kleinkinder, wie auch an Senioren wendet und an alle Lebensalter dazwischen.

Im Rückblick kommt es mir vor, als habe diese Bibliothek - und das heißt die Menschen, die in ihr arbeiten und gearbeitet haben - sich stets an Robert Musil gehalten, der in seinem berühmten Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* die Formulierung fand: „Der beste Reiter mit dem besten Pferd kommt, wenn er mit ihm hadert, schlechter über ein Hindernis als ein Reiter, der sich den Bewegungen seines Kleppers anpaßt.“

Denn die Verhältnisse, sie waren nicht immer günstig, und manches Mal mögen sich die Bibliothekarinnen und Bibliothekare in Potsdam nicht wie der Jockey auf dem Rennpferd, sondern wie ein Reiter auf dem Klepper vorgekommen sein: Die Machtergreifung der Nazis führte auch in der Brandenburgischen Landesbibliothek zur Aussonderung von Büchern. Noch im April 1945 wurde die Städtische Volksbibliothek bei einem Luftangriff auf Potsdam völlig zerstört.

Aber eine Bibliothek **ohne Eigenschaften** war sie nie, unsere Jubilarin. Bemerkenswert ist die Gründung der Musikbibliothek 1939; bemerkenswert ist die Eröffnung der Artothek 1975, bemerkenswert ist die stattliche Anzahl von Schenkungen privater Sammlungen und Nachlässe an die Stadt- und Landesbibliothek, verstärkt wieder in den letzten Jahren, so zur historischen Kartographie Potsdams oder zu Gottfried Benn. Derartige Schenkungen sind ein sicherer Indikator für einen exzellenten Ruf und eine hohe Wertschätzung, die die Bürger ihrer Bibliothek entgegenbringen. Man traut ihr bemerkenswerte Leistungen und eine hohe Kompetenz zu, sonst gäbe man nicht seine oft in Jahrzehnten unter vielerlei persönlichen Opfern zusammengebrachte Sammlung an diese Bibliothek. Und aufsehenerregend sind die von der Stadt- und Landesbibliothek initiierten Buchpatenschaften zur Rettung unwiederbringlicher historischer Bücher, die andernfalls vom vollständigen Zerfall bedroht wären.

Für mich ist die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam das bemerkenswerteste Bibliotheksmodell in Deutschland seit der Wende.

Ich möchte dieses Potsdamer Modell unter vier Gesichtspunkten würdigen:

- unter dem Gesichtspunkt der Betriebsorganisation - keine Angst, wir wissen alle, daß die Betriebswirtschaftslehre die **Leitwissenschaft** unserer Zeit ist, und deshalb müssen wir hier auch nicht allzu

- tief ins Detail dringen - ,
- dann unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe,
- drittens unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenabgrenzung und der abgestimmten und gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung auf der kommunalen und auf der Landesebene
- und viertens möchte ich das Potsdamer Modell unter dem Gesichtspunkt des Erbes aus DDR-Zeiten beleuchten, ein oft vernachlässigter, manchmal mißverständener und teilweise sogar mißbrauchter Aspekt.

Unter dem Gesichtspunkt der Betriebsorganisation geht es - um Menschen, um Mitarbeiter. Sie sollen **miteinander** arbeiten, nicht gegeneinander, nicht aneinander vorbei, nicht vergeblich, nicht unnötig. Sie sollen auf ein **Ziel** hinarbeiten. Und damit sie das können, müssen ihnen klare Ziele vor Augen stehen, müssen effiziente Organisationsformen gegeben sein. Die Zusammenfassung der Landesbibliothek und der Stadtbibliothek unter einem Dach und vor allem in einem einheitlich strukturierten Betrieb erfüllt all diese Bedingungen. So wird unnötige Doppelarbeit vermieden, so werden Synergieeffekte freigesetzt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang herausstellen, daß die Stadt- und Landesbibliothek als die erste Bibliothek in Brandenburg ein aktuelles Bestandskonzept vorgelegt hat, eine Darlegung ihrer Ziele, soweit es um ihr Buch- und Mediensortiment geht. Eigentlich müßte das ja selbstverständlich sein, denn nur zu berechtigt ist die Frage des Geldgebers an die Bibliothek: Wozu braucht ihr eigentlich jedes Jahr die nicht unbeträchtlichen Summen, die ihr in eure Haushaltsanträge schreibt? Und habt ihr nicht schon genug Bücher? Eigentlich müßte es selbstverständlich sein, daß jede Bibliothek mit einem überzeugenden und auf die Partner im Bibliotheksgefüge abgestimmten Konzept der Öffentlichkeit darlegt, was ihr Profil und ihr Auftrag ist. Selbstredend muß dieses Konzept auf die Partner im Bibliotheksgefüge abgestimmt sein.

Wenige Bibliotheken haben das getan, jedenfalls aktuell in Deutschland, während die Bestandsprofile britischer und amerikanischer, auch australischer und kanadischer Bibliotheken zuhauf im Internet nachzuschlagen sind, von jedem Schreibtisch aus, auf dem ein PC steht mit einer Telefonleitung daran. Aber ihr Bestandskonzept ins Internet zu stellen, das trauen wir der Stadt- und Landesbibliothek ohne weiteres auch noch zu. Denn sie **hat** ein Bestandskonzept - und damit die Grundvoraussetzung, um der Öffentlichkeit und den Geldgebern die berechnete Frage zu beantworten, wozu die Bibliothek eigentlich gut ist.

Aber welche Öffentlichkeit interessiert sich für Bestandskonzepte? Die allermeisten Bürger interessieren sich jedenfalls wohl kaum dafür. Aber sie **kommentieren** das Bestandskonzept der Bibliothek - ohne es zu kennen. Der Kommentar der Bürger ist die Abstimmung mit den Füßen: 375.000 Besucher im vergangenen Jahr! Bezogen auf die Einwohnerschaft der Stadt Potsdam heißt das: Jeder Potsdamer ist fast drei mal durch die Potsdamer Stadt- und Landesbibliothek mit ihren Zweigstellen - ich hätte beinahe gesagt: marschiert, aber das Wort paßt hier nicht, denn im Unterschied zu Einrichtungen wie der Schule ist der Bibliotheksbesuch vollkommen freiwillig. Und welche andere Kultureinrichtung kann ähnlich hohe Besucherzahlen aufweisen?

Und damit bin ich beim zweiten Gesichtspunkt angelangt, der Bürgernähe. Allein die Besucherzahlen, ich könnte auch Ausleihzahlen anführen, sind beeindruckend genug. Aber ich möchte weiter ins Detail gehen. Ich habe mir von der Stadt- und Landesbibliothek eine Liste der am häufigsten nachgefragten Titel geben lassen. Ganz oben auf dieser Liste stehen:

- das Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg, eine ziemlich trockene Lektüre,
- Bücher über Existenzgründung, über Kosten- und Leistungsrechnung,
- der Historische Handatlas für Brandenburg und Berlin,
- das berühmte CD-ROM-Lexikon encarta 1997, das als eines der besten Multimedia-Produkte überhaupt gilt, und die gerade erschienene encarta '98 ist sicher schon bestellt,
- das Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg, das allerdings für viele Unternehmen eine außerordentlich spannende Lektüre darstellt,
- die schwer verdaulichen Schriften Friedrich Nietzsches - jetzt entscheiden die Leser selber, ob sie sich diese Lektüre zumuten wollen - ,
- Firmenadreßbücher,
- eine Che-Guevara-Biographie und Manfred Krugs *Abgehauen*,
- - und ein Fachbuch über Kronen- und Brückenprothetik. Als ich meinen Zahnarzt fragte, was das sei, antwortete er mir: Wenn Sie so weitermachen wie bisher, erfahren Sie es in fünf Jahren am eigenen Leib.

In dieser **Praxis**, also in der tatsächlich nachgefragten und erbrachten Dienstleistung wird ganz deutlich, wozu diese Bibliothek gut ist: Sie wird gebraucht für die individuelle Fortbildung, für die Bewältigung des Alltags in einer binnen weniger Jahre völlig umgebrochenen Gesellschaft. Diese Bibliothek wird gebraucht von brandenburgischen Unternehmen für die Wirtschaftsinformation, und sie wird gebraucht von jedermann für die Orientierung auf neue Lebensperspektiven und auch auf einen Lebenssinn, der nun nicht mehr zentralistisch vorgegeben wird, sondern individuell und im Miteinander der gesellschaftlichen und geistigen Kräfte gefunden werden muß. Deshalb sind auch die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen dieser Bibliothek nicht nur als Öffentlichkeitsarbeit zu werten, sondern sie dienen der Begegnung und dem Austausch.

Und unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe gewinnen wir auch leicht eine Antwort auf die Frage, ob denn nicht die Zusammenfassung der landesbibliothekarischen Aufgaben und der Universitätsbibliothek der richtige Weg sei. Nach dem Vorbild der alten Bundesländer würden sich ein Muster anbieten, das zweifellos auch Synergieeffekte freisetzt, das Muster einer Landes- und Universitätsbibliothek. Gibt es zwischen den Funktionen einer Landesbibliothek und einer Universitätsbibliothek nicht einige Überschneidungen? Gewiß, und diese Überschneidungen sind mehr oder minder so umfangreich wie die Überschneidungen zwischen den Aufgaben einer leistungsfähigen Stadtbibliothek in einer Großstadt und Landeshauptstadt einerseits und einer Landesbibliothek andererseits. Was liegt da näher als die kühne Potsdamer Idee, Hochschulbibliotheken, Landesbibliothek und Stadtbibliothek in einem Haus zusammenzufassen? Die Idee ist faszinierend - ohne diese Idee zu kennen, gab mir vor einiger Zeit ein altgedienter Kollege einer anderen Universität, ein Naturwissenschaftler, den Kommentar dazu: Er sagte: Links vom Hörsaal muß das Labor stehen, rechts vom Hörsaal die Bibliothek. Damit ist der Platz der Hochschulbibliotheken lapidar, schlicht und richtig benannt.

Ziele und Profil einer Universitätsbibliothek werden von der Universität definiert, zumal wenn unter den Auspizien eines Globalhaushalts die Mittelzuweisung innerhalb der Universität festgelegt wird. Und es ist völlig logisch und berechtigt, wenn die Universität von ihrer Bibliothek hervorragende Dienstleistungen für Forschung, Lehre und Studium erwartet. Sie kann sich dabei auf das Brandenburgische Hochschulgesetz berufen, das die Wahrnehmung zentraler und regionaler, also außeruniversitärer Aufgaben durch die Hochschulbibliotheken an die Bedingung knüpft, das dadurch die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden darf. Hier spricht Weisheit aus den Paragraphen. Die Bündelung von Aufgaben der institutionsbezogenen Literatur- und Informationsversorgung **und** Aufgaben der Literatur- und Informationsversorgung für die allgemeine Öffentlichkeit - diese Bündelung enthält kostenträchtige Konfliktpotentiale. Sie werden dann kaum wirksam, wenn erstens genug Geld da ist und wenn zweitens die Sammlung und Bewahrung einschlägiger Literatur im Vordergrund steht. Darum allein kann es heute nicht mehr gehen.

Der Platz der **Landesbibliothek** ist mitten in der Landeshauptstadt. Der Platz einer **Stadtbibliothek** ist in der Mitte der Stadt. Bürgernähe ist ja nicht nur und gar nicht in erster Linie eine räumliche Frage, aber eben auch eine räumliche Frage. Bürgernähe, wenn es um Bibliotheken geht, heißt heute: Zugang zum weltweiten Wissen in den Datennetzen für jedermann, Zugang zu den elektronischen Bestandsnachweisen aller Bibliotheken der Region, Anschluß an Dokumentlieferdienste, so daß jede Information, die am Ort nicht vorhanden ist, in kürzester Zeit in Form einer Kopie beschafft werden kann. Bürgernähe heißt heute vor allem: kompetente Beratung, punktgenaue Zielgruppenansprache und Orientierung in einer unüberschaubaren Medienvielfalt. Die Bibliothek wird zu einem Brennpunkt der Informationskompetenz und zu einem multimedialen Dienstleistungszentrum für jedermann und jede Frau. Diejenigen von Ihnen, die täglich in der Beratungspraxis der Bibliothek stehen, wissen das aus eigener Erfahrung viel genauer als ich, aber es sollte bei einer Gelegenheit wie heute auch ausdrücklich gewürdigt werden.

Wer bürgernah **und dabei** wirtschaftlich effizient handeln will - das ist also die Zusammenfassung der ersten beiden Gesichtspunkte - muß nicht nur die Frage klar beantwortet haben: **Was** sind unsere Ziele?, sondern er muß auch wissen, **wie** man diese Ziele erreicht. Er muß also auch ein beträchtliches fachliches Instrumentarium differenziert einsetzen können. Und dieses **Wie** sollten die Geldgeber den **Fachleuten** in der Bibliothek überlassen. Die Fachleute in der Bibliothek wurden dafür ausgebildet und beherrschen die einschlägigen instrumentellen Verfahren zur Profilgewinnung und Zielgruppenzentrierung. Wir pfuschen dem Hochbauingenieur ja auch nicht in die konstruktiven Details hinein, nachdem wir ihm erklärt haben, ob wir lieber ein Flachdach oder ein Giebeldach wollen.

Aber die Geldgeber müssen den Fachleuten in der Bibliothek auch den Rahmen für einen wirtschaftlichen Mitteleinsatz zur Verfügung stellen. Zu diesem Rahmen gehören zentrale Dienstleistungen, gehört Service für Koordination und gehört Unterstützung bei innovativen Projekten - also das, was das **Deutsche Bibliotheksinstitut** und nur dieses Institut bietet. Wie Sie wissen, hat der Wissenschaftsrat empfohlen, das Deutsche Bibliotheksinstitut nicht mehr nach den Kriterien der Blauen Liste zu finanzieren. Wie immer es finanziert wird: Seine Dienstleistungen müssen erhalten bleiben, sonst wird es für die Bundesländer letztlich nur noch teurer, indem sie die Chance der Effizienzsteigerung und Erprobung von Innovationen für ihre **eigenen** Einrichtungen ohne Not wegwerfen. Die Entscheidung ist noch nicht getroffen: Vor allem die Länder haben es in der Hand.

Ich möchte auf den Gedanken des multimedialen Dienstleistungszentrums zurückkommen und dort anknüpfen, um zum dritten Gesichtspunkt zu gelangen, der arbeitsteiligen und abgestimmten Verantwortung des Landes und der Kommunen.

Zunehmend stehen der Öffentlichkeit Informationen in elektronischer Form zur Verfügung. Diese Information kann leicht aus dem Internet über die Telefonleitung abgerufen werden - wenn man weiß, wo im Netz, auf welchem der angeschlossenen 40 Millionen Computer die gesuchten Informationen stecken. Man geht dazu über, auch für die firmen- oder behördeninterne Kommunikation dieselben Softwaregrundlagen wie im Internet zu verwenden, weil dann der Austausch der digitalen Dokumente, ihre Verwendung für alle möglichen Zwecke, sei es intern, sei es als Druckvorlage für eine Veröffentlichung auf Papier, sei im world wide web viel einfacher wird. Damit sind aber die Dokumente selbst, ihre Inhalte noch nicht in einer nachvollziehbaren Form erschlossen. Zunächst glaubte man, das Problem mit elektronischen Suchmaschinen lösen zu können. Inzwischen arbeitet man mit Methoden der Begrifflichen Wissensverarbeitung und mit sogenannten Metadaten und stellt die Ergebnisse in Form von Themenlandschaften oder Wissenslandkarten dar.

Wer soll einen für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren, nicht nur technisch, sondern auch von den Suchwegen her wirklich offenen Zugang schaffen zu all den digitalen Informationen aus und über Brandenburg, seine Ministerien und Behörden, zu seinen Planungen, Förderprogrammen und seinen Gesetzen? Es ist selbstverständlich, daß das Land für dieses landespolitische Ziel - seine Bürger, seine Touristen, seine Investoren umfassend auf elektronischem Weg zu informieren - seine vorhandene Infrastruktur einsetzt. Und zu dieser Infrastruktur gehört auch die Stadt- und Landesbibliothek mit ihren Informationsspezialisten. Eine moderne Landesbibliothek, die den Namen verdient, ist nicht nur Gedächtnis des Landes, sondern sie ist virulenter Nukleus in der Informations-Infrastruktur des Landes, und das heißt vor allem: für alle Bürgerinnen und Bürger.

Freilich erweist sich als mangelhaft informiert, wer meint, nun gleich das Kind mit dem Bade ausschütten zu müssen und auf Bestände und Sammlungen verzichten zu können, wenn ja doch alles Wichtige im Internet stehe. Noch auf Jahrzehnte hin werden gedruckte Bücher und Zeitschriften aus Papier eine maßgebliche Rolle spielen, unter anderem deshalb, weil sie im Vergleich zum Bildschirm unschlagbar praktisch sind. Und ich denke dabei am allerwenigsten an die Fliegenjagd mit der zusammengefalteten Zeitung.

Aber all dies ist noch zu kurz gedacht. Das Land in seiner politischen Dimension - das ist nicht nur die Ebene des Landtags, der Landesregierung und der Landesbehörden. Das sind auch und im Erleben der Bürgerinnen und Bürger vor allem die Kommunen. Und das Land in seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dimension, das sind ebenso die Unternehmen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen, das sind Bürgerinitiativen, das sind kulturelle Gruppen und Verbraucherverbände, das sind Nahverkehrsverbände und touristische Organisationen.

Zum Stichwort Brandenburg finden Sie heute in den elektronischen Datennetzen über 100.000 Seiten:

- den Fontane-Klub,
- die Esperanto-Jugend Berlin-Brandenburg,
- das brandenburgische Materialprüfungsamt und das Wissenschafts- und Kulturministerium,
- einen Boxerklub und den Schülerwettbewerb Chemie,
- die Zahntechniker-Innung und Berufliche Schulen,
- Märkische Naturkostläden, Unternehmensberatungsfirmen und die Evangelische Kirche,
- die Hochschulen sowieso

- das waren nur ein paar Beispiele.

Hier eine digitale Vernetzung zu schaffen und dieses Netz mit dem elektronischen Auftritt von Firmen, Schulen und Verbänden im Land zu verknüpfen - das wäre eine außerordentlich lohnende Aufgabe. Sie lohnt bereits heute, auch wenn längst noch nicht jeder Haushalt in Brandenburg einen Internet-Anschluß hat, nicht jeder Haushalt in *all den lachenden Dörfern*, die Fontane kaum zählte:

Linow, Lindow,

Rhinow, Glindow,

Bamme, Damme, Kriele, Krielow,

Petzow, Retzow, Ferch am Schwielow,

Lietzow, Tietzow und Reckahne,

Und zum Schluß in dem leuchtenden Kranz:

Ketzin, Ketzür und Vehlefanz.

Ein Riesen Teppich, blumengeziert, dichtete Fontane in seinen Märkischen Wanderungen. Und Zukunft will auch überall dort vorbereitet sind; meistens beginnt Zukunft, bevor man es bemerkt. Und selten beginnt Zukunft so preiswert, mit so niedrigen Investitionen, wie sie hier erforderlich sind.

Hier eine Vernetzung zu schaffen - das heißt natürlich nicht zentralistische Vorgaben und Bevormundung durch einen großen Bruder, der angeblich zeitgemäß in Gestalt eines Supercomputers daherkäme, sondern Vernetzung heißt, die vorhandenen elektronischen Inhalte, wo immer sie sich befinden und wer immer sie ins Netz bringt, mit einer intelligenten Erschließungsstruktur zu verknüpfen. Die Produktion dieser Inhalte ist Sache der Ämter, Behörden, Kommunen, Verbände, Räte, Universitäten, Initiativen und Firmen - diese Inhalte sind bereits in reicher Zahl vorhanden. Aber sie sind vorhanden wie in einer mittelalterlichen Bibliothek: Man kommt kaum heran. Diese auf die Bedürfnisse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zugeschnittene Erschließung zu leisten ist heute eine zentrale Aufgabenstellung für die Informationsspezialisten in der Landesbibliothek.

Die Brandenburgische Landesregierung hat entschieden, was nicht genug Lob verdient, 25 wichtige öffentliche Bibliotheken mit Internet-Anschlüssen auszustatten. Jetzt sollte sie auch dafür sorgen, daß die Brandenburger im Netz nicht nur die Katze im Weißen Haus in Washington finden, sondern ebenso Antworten auf alle märkischen Fragen. Nach den ersten Jahren der technokratischen Euphorie wissen wir heute, daß Software allein dafür nicht genügt. Übrigens braucht man auch Geld dazu, und zwar kontinuierlich, im regulären Haushalt.

Es hat an diesem Punkt der technischen Entwicklung keinen Zweck mehr und ginge an den Erwartungen der Bürger vorbei, wenn man die grundgesetzliche Aufgabenabgrenzung zwischen Land und kommunaler Ebene in den Kategorien der Stein-Hardenbergschen Reformen dächte. Beim Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechnik müssen an die Stelle eindeutiger Funktionsabgrenzung zwischen diesen beiden Ebenen Formen der abgestimmten und gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung treten. Das hat vor wenigen Wochen auch der Kulturausschuß des Deutschen Städtetags mit seiner Erklärung *Öffentliche Bibliotheken ans Netz!* ausdrücklich hervorgehoben.

Ich habe vorhin erwähnt, daß höchst einseitig handelt, wer angesichts der langsam entstehenden virtuellen Bibliotheken die realen Bibliotheken vernachlässigt. Bibliotheken, zumal in kleinen Gemeinden, in den Stadtteilen und Vororten, sind immer auch sozialer Ort, sie sind Treffpunkt und Begegnungsstätte. Alle Untersuchungen zeigen immer wieder: An keinem anderen Ort in Groß- und Kleinstädten kommen in so starkem Maß Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, Menschen jeden Alters und Menschen so divergenter Interessenlagen zusammen wie in den

öffentlichen Bibliotheken. Es ist eine Freude zu sehen, wie die Fahrbibliothek selbst in ganz kleinen Gemeinden diese Funktion des kulturellen Marktplatzes und der sozialen Drehscheibe stiftet. Und natürlich bringt die Fahrbibliothek auch Bücher aus der Stadt- und Landesbibliothek nach *Lietzow, Tietzow und Reckahne*.

Hier besteht eine einmalige Chance zur Stiftung sozialer Kohäsion, eines gesellschaftlichen Zusammenhalts, der uns zunehmend verloren zu gehen droht. Dieser Zusammenhalt kann und darf nicht mehr durch eine mit Absolutheitsanspruch auftretende Zentralmacht erzwungen werden. Er kann nur im lebendigen Kommunikationsprozeß der Bürger von unten entstehen. Und er kann nur gelingen, wenn die Bürger sich umfassend informieren können. Ihnen für diese Information und Kommunikation geeignete Werkzeuge an die Hand zu geben, ist gemeinsame Aufgabe der Länder, der Gemeinden und der Kreise. Ich kann mir natürlich lebhaft vorstellen, wie vorteilhaft es wäre, wenn auch kleinste Gemeinden ausgebauten Bibliotheken betrieben. Phantastische Chancen für die Absolventen der Fachhochschule hier in Potsdam! Aber ich sehe natürlich auch, daß in Brandenburg die Taler nicht vom Himmel regnen. Und als Steuerzahler hätte ich da auch noch ein paar Fragen. Mit anderen Worten, das Gebot des wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes erfordert neue Formen der abgestimmten Arbeitsteilung zwischen den Bibliotheksträgern untereinander und mit der Landesebene. Hier erwachsen den Ländern neue Verantwortlichkeiten.

Innovativster und mutigster Ausdruck der bereits erfolgten Wahrnehmung einer Verantwortung in diesem Sinn ist auf bibliothekarischem Feld die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam.

Jüngste Entscheidungen gehen nun dahin, daß auch die Staatliche Fachstelle für öffentliche Bibliotheken der Stadt- und Landesbibliothek zugeordnet werden soll. Bisher war sie nach dem Vorbild der alten Bundesländer eine dem Kulturministerium nachgeordnete Behörde. Ihre Zuordnung zur Stadt- und Landesbibliothek setzt jene gerade umrissene Linie einer neuen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen fort. Etwas in dieser Art gab es punktuell freilich schon mal: In den späten vierziger Jahren war der Direktor der Kölner Volksbüchereien, Johannes Langfeldt, im Nebenamt Leiter der Büchereistelle des Regierungsbezirks Köln. Gibt es da geheime rheinisch-preußische Verwandtschaften? Wohl kaum, denn unter heutigen Bedingungen kann es nicht um ein Unter- oder Überstellungsverhältnis gehen. Heute muß es darum gehen, daß die Staatliche Fachstelle in Brandenburg ihre vermittelnde und moderierende, aber auch Ziele setzende und ordnende Rolle weiterhin sehr zielstrebig und offensiv wahrnehmen kann. Die Fachstelle als klar erkennbarer **eigenständiger** Bereich in der Stadt- und Landesbibliothek - das ist die synergetische Wahrnehmung einer unverzichtbaren Aufgabe.

Die Vorbilder einer solchen Lösung liegen zweifellos nicht im Rheinland, sondern in der DDR. Damals hatten die Methodischen Abteilungen der großen Stadt- und Bezirksbibliotheken etwa vergleichbare Aufgaben; die Abteilung Methodik und Inspektion, aus der die heutige Fachstelle hervorgegangen ist, war integraler Bestandteil der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirks Potsdam. Und damit bin ich bei dem vierten und letzten Gesichtspunkt, unter dem ich die Stadt- und Landesbibliothek würdigen möchte.

Die Fusion der Brandenburgischen Landes- und Hochschulbibliothek mit der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam wurde ausgelöst durch die 1968 erlassene Bibliotheksverordnung der DDR, die berühmte BVO. Diese BVO trug ambivalenten Charakter.

Sie war ohne Zweifel ein Instrument, mit dem die Bibliotheken in das System der ideologischen Gleichschaltung eingebunden werden sollten. Wenn vom Bibliotheksnetz der DDR die Rede ist, dann müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, das es sich ja keineswegs um ein Netz handelte, das freie Inhalte und unabhängige Einrichtungen miteinander verknüpfte.

Andererseits leistete die BVO für die DDR genau das, was für die Bundesrepublik fünf Jahre später der Bibliotheksplan '73 zustande bringen sollte: nämlich die Bestimmung einer abgestuften **Arbeitsteilung** zwischen den Bibliotheken. Aber statt in überlebter deutsch-deutscher Manier um fünf Jahre früher oder später zu richten, ist es angebracht, aus internationaler Sicht festzustellen, daß in beiden deutschen Staaten die spezifisch deutsche Tradition der Absonderung der öffentlichen von den wissenschaftlichen Bibliotheken fortwirkte. So war in der DDR nur vorübergehend ein einziges Ministerium für das Bibliothekswesen insgesamt zuständig, was man in einem zentralistischen Staat eigentlich erwarten sollte. Die Bibliothekare für die eine wie für die andere Sparte wurden auch in der DDR durch unterschiedliche Ausbildungswege, an nach Sparten getrennten Fachschulen in Berlin und Leipzig, ausgebildet. Ansätze zur spartenübergreifenden Ausbildung der Bibliothekare gab es nicht. Umso energischer fiel an der Fachhochschule hier in Potsdam die Neuorientierung der bibliothekarischen Ausbildung nach der Wende aus. Die Potsdamer Fachhochschule bildet bekanntlich Archivare, Dokumentare und Bibliothekare in teilweise integrierten Studiengängen aus. Im Studiengang Bibliothekswesen ist die antiquierte Doppelung nach den Sparten wissenschaftliche bzw. öffentliche Bibliotheken gar nicht erst vorgesehen. Die anderen Fachhochschulen sind seit Beginn der 90er Jahre ebenfalls damit beschäftigt, Teile des Studiums der beiden Bibliotheksrichtungen zu integrieren, fanden aber nicht den Mut zu einer brandenburgischen Lösung. Lediglich die an der Fachhochschule Köln geplante, aber noch nicht umgesetzte Studienreform sieht ein nicht mehr nach öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliothek getrenntes Diplom wie in Potsdam vor. Ohne Zweifel hat hier die brandenburgische Lösung den Kollegen in Nordrhein-Westfalen Mut gemacht.

Im Sinn einer abgestimmten Arbeitsteilung zwischen den Bibliotheken knüpfte die Bibliotheksverordnung der DDR sogar ein ganz besonders dichtes Netz. Und sie führte an wesentlichen Knotenpunkten dieses Netzes einen bis dahin in Deutschland kaum anzutreffenden Bibliothekstyp ein: die public library. Man kann public library nicht mit öffentlicher Bibliothek übersetzen, auch wenn dies oft fälschlich gemacht wird. Die public library bietet vom Kinderbuch bis zur wissenschaftlichen Monographie, vom Unterhaltungsroman bis zum beruflichen Fachbuch alles, was an publizierter Information dem Bedarf aller Bevölkerungskreise entspricht. Heute gehören zur publizierten Information natürlich auch CD-ROMs und Dateien im Internet. Die großen public libraries leisten zugleich das, was in Deutschland wissenschaftliche Stadtbibliotheken oder teilweise auch Landesbibliotheken leisten. Die public library erscheint so aus **deutscher** Sicht als die Zusammenfassung einer öffentlichen und einer wissenschaftlichen Bibliothek. In den alten Bundesländern hat man dafür den grauenhaften und glücklicherweise heute nicht mehr verwendeten Ausdruck Einheitsbibliothek gefunden.

Kaum gab und gibt es in Deutschland Impulse, dem Vorbild der public library zu folgen, obwohl dieser Bibliothekstyp aus Sicht der Bürger die adäquate Bibliothek schlechthin darstellt, denn angesichts eines hohen Bildungsniveaus und angesichts der immer wieder nachgewiesenen Struktur des Bedarfs ist die deutsche Trennung der sogenannten öffentlichen von der wissenschaftlichen Bibliothek sachlich nicht angemessen und nur historisch zu erklären. Die Bürger decken ihren Bedarf dort, wo das Angebot vorhanden ist, nicht dort, wo ein entsprechendes Türschild eine künstliche Sortierung vornimmt. Freilich ist der früher scharf ausgeprägte und ideologisch verbrämte Unterschied zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken längst abgemildert, vor allem infolge des Größenwachstums der Stadtbibliotheken in den großen Großstädten seit den 70er Jahren. In der alten Bundesrepublik blieb freilich die ganz im Sinne der public library 1954 gegründete Amerika-Gedenkbibliothek in Berlin-West singulär und ohne Ausstrahlung.

Lediglich ihre damals als sensationell empfundene Freihand-Bestandsaufstellung von mehreren 100.000 Bänden machte rasch vielerorts Schule in der alten Bundesrepublik. Nie zuvor in Deutschland konnte jeder Bibliotheksbesucher - und nicht nur eine ausgewählte Schar von Gelehrten - an die Regale mit so ungeheuer vielen Büchern selbst herantreten, während es bis dahin üblich war, daß der Leser dem Bibliothekar schriftlich oder mündlich sein Anliegen vortrug, woraufhin der Bibliothekar das richtige Buch aus dem für das Publikum unzugänglichen Magazin holte. Interessant ist dabei, daß die meisten Theoretiker und Vordenker unter den Bibliothekaren die Einführung der Freihand ablehnten. Und während sie noch in Zeitschriftenaufsätzen ihre Argumente gegen die Freihand immer erneut vortrugen, stellten die Praktiker sang- und klanglos auf Freihand um.

In der DDR ging das nicht so. „*Die Tatsache, daß man im Westen Deutschlands das Freihandsystem favorisierte,*“ so erinnert sich Günter de Bruyn in seinem Lebensbericht über **Vierzig Jahre**, „*war Grund genug, mißtrauisch zu sein.*“ De Bruyn, der ja ursprünglich Bibliothekar war, sollte damals, wie er später schrieb, in einer Broschüre „*alle Vorteile des neuen Systems, die man aus der westlichen Fachliteratur kannte, so darstellen, daß auch ein leitender Genosse sie begreifen konnte und als solche empfand. Die Fachsprache mußte also in die der Partei übersetzt werden und, was schwieriger war, eine Umwertung der Werte vorgenommen werden, so daß die liberalen Intentionen, die der Freihand zugrunde lagen, unterschlagen oder in ihr Gegenteil verkehrt wurden, die Selbständigkeit des Lesers also als neue, bessere Form der pädagogischen Beeinflussung erschien.*“ Erst nach diesem ideologischen Salto mortale durften die Praktiker, die längst in den Startlöchern standen und vereinzelt schon mit der Freihand experimentierten, in den Bibliotheken der DDR allgemein die Freihandaufstellung einführen. In der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam begann ihre Einführung in einzelnen Abteilungen und Zweigbibliotheken schon in den frühen fünfziger Jahren, aber erst 1962 konnte sie abgeschlossen werden. Günter de Bruyns Ausarbeitung über die Freihandaufstellung ist übrigens ein schönes Beispiel für die vorhin zitierte Technik des Reitens, bei der der Reiter nur vermittels einer zunächst befremdlich anmutenden Anpassung zum richtigen Ziel gelangt.

Zurück zum Bibliothekstyp der public library: In der alten Bundesrepublik fand trotz des Vorbilds der Amerika-Gedenkbibliothek der organisatorische Zusammenschluß kommunaler Volksbüchereien mit wissenschaftlichen Stadtbibliotheken nicht überall dort statt, wo eine Kommune beide Einrichtungen betrieb. Und wo eine organisatorische Zusammenfassung erfolgte, beschränkte sie sich mancherorts darauf, daß beide Einrichtungen einem gemeinsamen Direktor unterstellt, also nicht wirklich verschmolzen wurden.

Nirgendwo kam es in der alten Bundesrepublik zur Fusionierung einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek in kommunaler Trägerschaft mit einer wissenschaftlichen Bibliothek in Trägerschaft eines Landes. Dem stand teils eine schematisch verstandene Aufgabenabgrenzung zwischen staatlicher und kommunaler Ebene entgegen, vor allem aber das uneinheitliche Dienst- und Arbeitsrecht: kommunale Angestellte hier und Landesbeamte dort. Dies ist ein besonders reizvolles Beispiel dafür, wie die Entwicklung öffentlicher Einrichtungen nicht durch Bedarf und wirtschaftlichen Mitteleinsatz, sondern durch interne Strukturen der öffentlichen Verwaltung gesteuert wurde, also gänzlich vom falschen Ende her.

Ich sagte, es habe wenig Impulse gegeben, dem Vorbild der public library in Deutschland zu folgen. Zu den wenigen Impulsen gehört gerade die Bibliotheksverordnung der DDR. Sie sah bekanntlich vor, daß in jedem der staatlichen Bezirke eine Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek aus der Taufe gehoben werden sollte. Ihrer Zweckbestimmung nach handelte es sich eindeutig um public libraries, die hier gebildet werden sollten. Das angloamerikanische Vorbild durfte politisch nicht herausgestellt werden, und wo die Verwandtschaft in wissenschaftlichen Veröffentlichungen benannt wurde, wie bei Horst Kunze, dem damaligen Direktor der Deutschen Staatsbibliothek,

betonte man, daß sie nur formaler Art sei, nicht inhaltlicher Art. Das traf in der Tat zu, denn auch die Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken mußten ihren Bestandsaufbau weitestgehend auf den durch die politische Zensur gesteuerten Buch- und Medienmarkt der DDR beschränken. Das war keine Devisenfrage, wie immer wieder behauptet wird. Freilich gehörte die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam zu den Bibliotheken mit einer besonders großen Anzahl von Tauschpartnern in westlichen Ländern: Die Kollegen in Potsdam schickten DDR-Publikationen, die im Bestand ihrer Bibliothek nicht unabkömmlich oder vielleicht sogar gezielt für den Zweck des Schriftentausches gekauft worden waren, beispielsweise die exzellenten mathematischen Lehrbücher, zu Bibliotheken im Westen und erhielten im Gegenzug Westpublikationen. Übrigens arbeitete ich Anfang der 80er Jahre in einer großen Bibliothek in West-Berlin und war unter anderm mit diesem Schriftentausch beschäftigt; ich bearbeitete die langen Wunschlisten aus Potsdam, besorgte die benötigten Titel und schickte Buchpakete an die WAB.

Aufgrund der Bibliotheksverordnung war also 1969 aus der Landes- und Hochschulbibliothek und der Stadt- und Bezirksbibliothek Potsdam die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek des Bezirks Potsdam entstanden. Nachdem dreißig Jahre später die Euphorie über den Fall der Mauer einem ernüchternden Blick auf die Tatsachen gewichen war, stellte sich die Frage, wie diese Bibliothek in die Strukturen der **Bundesrepublik** paßt. Eine phantasielose Antwort, wie sie andernorts in vielen Zusammenhängen gegeben worden ist, wäre auch hier in Potsdam gewesen: Sie paßt gar nicht. Konsequenz wäre schlimmstenfalls gewesen, daß die Bibliothek im Gezänk um die neue Trägerschaft: Stadt? Kreis? Land? verschwindet. Sie kennen alle die üblen Beispiele dieser Art.

Das Land Brandenburg und seine Landeshauptstadt Potsdam gaben eine phantasievolle Antwort. Sie schlossen eine Vereinbarung über den gemeinsamen Betrieb einer Stadt- und Landesbibliothek und begaben sich damit auf bundesdeutsches Neuland. Beiden Partnern kam zupaf, daß sie den Ballast überlebter Verwaltungsstrukturen noch nicht mit sich herumtrugen.

Beide Partner hatten den **politischen** Willen, die leistungsfähige Bibliothek in Potsdam zu erhalten und suchten nach Wegen dafür. Sie beschritten einen Weg, der auf den ersten Blick gänzlich singulär ist. Das public-library-Modell aus DDR-Zeiten mit all seinen Vorteilen, die ich nicht wiederholt aufführen muß, blieb erhalten, und zwar in Trägerschaft der Stadt mit finanzieller Beteiligung des Landes. Die Zusammenfassung

- der Funktionen einer allgemeinen öffentlichen Bibliothek - typischerweise in kommunaler Trägerschaft -
- mit den Funktionen einer Landesbibliothek und wissenschaftlichen Regionalbibliothek - typischerweise in staatlicher Trägerschaft -
- erweist sich als bürgernah, wirtschaftlich synergetisch, dem Bedarf entsprechend und organisatorisch handhabbar.

Ich weiß nicht, ob alle Beteiligten vor fünf Jahren wirklich erkannt haben, wie weitreichend und wegweisend ihre Entscheidung war. Diese Entscheidung ist ein frühes Beispiel dafür, wie die Funktionsabgrenzung zwischen Land und Kommunen im Sinn einer abgestimmten und gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung kreativ gestaltet werden kann. Ich möchte dem Land Brandenburg und der Stadt Potsdam Mut machen, den gemeinsam beschrrittenen Weg fortzusetzen - und warum nicht auch auf anderen Feldern.

Aus heutiger Sicht hat die bibliothekspolitische Bedeutung dieses Schrittes sogar noch zugenommen. Und in diesem Sinn ist der Weg, der mit der Stadt- und Landesbibliothek eingeschlagen wurde, nicht so sehr als **singulär** zu

bewerten, sondern als **zukunftsweisend**.

Ich danke Ihnen.

Vorgetragen wurde eine leicht gekürzte Fassung.

[zur Einstiegsseite der Handreichung 37](#)

[zurück zur Übersicht Handreichungen](#)